

Lehrer überfordert: Ghettos an Schulen drohen

von [Sebastian Baryli](#) aus [Wien-01 Innere Stadt](#) | am 24.11.2010 |



Schulen wie die Lernwerkstatt Brigittenau werden von Migrantenkindern kaum besucht.

Negativer Trend setzt sich weiter fort – Migrantenklassen versus Mittelschichtsschulen – großes Ungleichgewicht bei Standorten

Die Situation an den Wiener Pflichtschulen verschärft sich zunehmend. Während der Migrantenanteil in Einzelfällen fast hundert Prozent erreicht, bleiben manche Standorte davon ausgeklammert. Leidtragende sind sowohl Lehrer als auch Schüler.

(bar). Wenn Stefanie K. (Name von der Redaktion geändert) in der Volksschule Spielmannsgasse ihre Klasse unterrichtet, dann treffen hier Kulturen aus der ganzen Welt zusammen: Die türkische Nachkommenschaft sitzt neben Roma-Kindern und Flüchtlinge aus Afghanistan neben jenen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Eine sprachliche Herausforderung für die Lehrerin, mit der sie tagtäglich konfrontiert ist.

Ein paar Straßen weiter, in der Integrativen Lernwerkstatt Brigittenau, zeigt sich ein gänzlich anderes Bild: Der Anteil der Migrantenkinder beträgt dort 30 Prozent .

Ungleichgewicht in Schulen

Dass dies nicht ausschließlich eine Frage der Wohngegend ist, zeigt die Brigittenau eindrucksvoll. Die Grenzlinie verläuft weniger zwischen In- und Ausländern als zwischen bildungsfernen und bildungsnahen Schichten: „Es gibt einzelne Schulstandorte, die vor allem von Eltern bevorzugt werden, die auf Bildung wert legen“, erklärt Stephan Maresch vom Zentralausschuss der Wiener Landeslehrer in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst. Dadurch sei ein Ungleichgewicht an den Wiener Pflichtschulen entstanden. „Leidtragende dieser Situation sind sowohl die Lehrer als auch die Kinder“, so der Gewerkschafter.

Freie Wahl der Eltern

Dafür verantwortlich ist ein Dilemma der Schulpolitik: „Auf der einen Seite will man den Eltern bei der Schulwahl ihrer Kinder entgegenkommen, auf der anderen Seite liegt es aber im Verantwortungsbereich der Schulinspektoren, Schülerströme zu regulieren“, so Maresch. Diesen Konflikt würde man auch kaum in den Griff bekommen.

Im Stadtschulrat ist man sich des Problems bewusst: „Der Elternwunsch bezüglich des Schulstandortes hat für uns oberste Priorität. Davon weichen wir nicht ab“, erklärt Präsidentin Susanne Brandsteidl (SPÖ).

Dennoch komme es auch immer wieder zu Konflikten zwischen Direktoren und Schulinspektoren, erklärt der Gewerkschafter Maresch. Letztere haben nämlich die Möglichkeit, durch Zuteilung von Schülern an bestimmte Standorte einen Ausgleich zu erwirken.

Der Stadtschulrat setzt aber vor allem auf Aufklärung: „Wir arbeiten daran, neue Pädagogikkonzepte bei Migranten und bildungsfernen Eltern bekannt zu machen“, so Brandsteidl. Schon im Kindergarten

würden die Eltern eingehend über die Möglichkeiten informiert. Auch im Schuleinleitungsgespräch werde darauf verstärkt geachtet, so die Stadtschulratspräsidentin.